

# Amnestie für Steuerhinterzieher soll bleiben

**SELBSTANZEIGE** Politiker und Experten plädieren dafür, die Möglichkeit zu erhalten, aber bei verschärften Strafen

Von unserer Redakteurin  
Valerie Blass

Meist geht es im Ressort von Finanzminister Nils Schmid um wenig erheitende Dinge: Sparen, Kürzungen, Finanzlöcher. Doch diese Statistik aus dem eigenen Haus dürfte dem SPD-Mann gefallen: Seit Beginn der Aufzeichnung im Februar 2010 haben im Land über 18 000 Menschen Steuern nachträglich gegenüber dem Finanzamt erklärt – per Selbstanzeige. Rund 1,5 Milliarden Euro an Kapitalerträgen – Zinseinkünfte – sind so in die Legalität geholt worden, was dem Fiskus zusätzliche Steuereinnahmen von über 448 Millionen Euro beschert hat.

**Fairness** Diese Amnestie ist gut für den Staat, der verlorenes Geld in seine Kassen zurückgeholt hat. Aber ist die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige auch ein faires Mittel gegenüber all den ehrlichen Steuerbürgern, die Jahr für Jahr brav ihre Beiträge abführen? Darüber wird mit neuer Vehemenz debattiert, seit bekannt geworden ist, dass Alice Schwarzer jahrelang Geld in der Schweiz versteckt hatte und sich dann per Selbstanzeige wieder steuerlich gemacht hat. Was vielen sauer aufstößt: Alice Schwarzer muss offenbar wegen der Verjährungsfrist von maximal zehn Jahren nur einen Teil der Steuern, die sie dem Staat vorenthalten hatte, zurückbezahlen. Ist das gerecht?

„Die Rückkehr zur Steuerehrlichkeit darf nicht so einfach bleiben.“

Josef Bühlmaier,  
Steuerberater



Während die SPD bei Bekanntwerden der Vorwürfe gegen Schwarzer und andere prominente Steuerhinterzieher wie den früheren Berliner SPD-Kulturstaatssekretär André Schmitz zunächst die Abschaffung der Selbstanzeige forderte, scheinen die großen Parteien inzwischen auf eine andere Linie einzuschwenken: Verschärfung der Strafen für Steuerhinterziehung ja, unter Umständen auch Verlängerung der Verjährungsfristen – aber



Wenn der Steuerfahndungsdienst bereits ermittelt, ist es für eine Selbstanzeige zu spät. Davor gilt Straffreiheit bei vollständiger Nachmeldung.

Foto: Archiv/Blass

bei Erhalt des Mittels der strafbefreienden Selbstanzeige.

Dafür plädiert auch Baden-Württembergs Finanzminister Nils Schmid. Vor allem, weil die Steuerverwaltung oft erst durch Selbstanzeigen von Steuerquellen erfahre, die dem Fiskus verheimlicht wurden. Gleichzeitig hält Schmid es für wichtig, den Druck auf Steuerbetrüger aufrecht zu erhalten – etwa durch den Ankauf von Daten-CDs.

**Mitwirkung** Auch die Finanzministerin von Schleswig-Holstein, Monika Heinold (Grüne), betrachtet die Selbstanzeige pragmatisch: „Sie hat meinem Land seit 2010 über 160 Millionen Euro mehr Steuern eingebracht. Davon kann ich Universitätsgebäude sanieren und den Krippenausbau vorantreiben.“ Die Union ist ohnehin für die Beibehaltung der Selbstanzeige. Ralph Brinkhaus, Vize-Chef der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, sagt: „Die Finanzämter sind bei der Suche nach verschleierte Einkünfte auf die Mit-

## Finanzamt Heilbronn

Rund 1500 Selbstanzeigen von Steuerhinterziehern sind seit Beginn der Erhebung durch das Finanzministerium im Februar 2010 beim Finanzamt Heilbronn eingegangen. Es ist zuständig für die Bereiche Heilbronn, Öhringen, Schwäbisch Hall und Tauberbischofsheim. 25 Steuerfahnder arbeiten dort. Zu den Mehrsteuern, die für den Bereich Heilbronn angefallen sind, macht das Finanzministerium in Stuttgart mit

Verweis auf das Steuergeheimnis keine Angaben. In ganz Baden-Württemberg haben die Selbstanzeigen 2013 drastisch zugenommen: Über 6000 Steuerbürger haben im vergangenen Jahr nachträglich erklärt, dass sie Kapitalerträge aus der Schweiz und Liechtenstein verschwiegen hatten. Das sind rund dreimal soviel als noch im Jahr 2012. „Der Hoeneß-Effekt“, urteilen Fachleute. vbs

wirkung der Steuerpflichtigen angewiesen.“

Experten wie Josef Bühlmaier argumentieren ähnlich. Der 47-Jährige ist Steuerberater und Vorstand in der Kanzlei Leiter und Partner in Neckarsulm. Er hält es für sinnvoll, Steuerhinterziehern „die Möglichkeit offen zu halten, zurück auf den rechten Weg zu kommen“. Allerdings, auch das sagt er deutlich: „Es darf nicht so einfach bleiben.“ Bühlmaier ist für eine Differenzierung,

Es sei etwas anderes, ob jemand versteuertes Geld ins Ausland bringt und dann die Zinsen nicht angibt oder ob jemand über Jahre hinweg Schwarzgeld – also Geld, das in Deutschland durch Schwarzarbeit erlangt wurde – auf ausländischen Konten versteckt. „Da nimmt der Staat richtig Schaden.“ Bühlmaier nennt ein Beispiel: Ein Gewerbetreibender hat ein Schwarzgeld-Vermögen von einer Million Euro ins Ausland geschafft: Einkommensteuer,

Umsatzsteuer, Gewerbesteuer. Darauf wären bis zu 70 Prozent an Abgaben angefallen. „Das Geld hätte man einsetzen können für Kindergärten, Schulen, Straßen.“ Gerade solche Tatbestände hält Bühlmaier für moralisch höchst problematisch.

**Verjährung** Er spricht sich dafür aus, die Verjährungsfrist zu erhöhen – von fünf beziehungsweise zehn auf 20 Jahre – und zusätzlich einen deutlich höheren Zinszuschlag auf das hinterzogene Geld zu erheben – vielleicht sogar bis zum Entzug des kompletten Transfervermögens. Bislang müssen die zurückgehaltenen Steuern bei einer Selbstanzeige nachentrichtet und darauf sechs Prozent Zinsen bezahlt werden. Bühlmaier: „Das muss mehr werden, damit es eine Strafe ist.“ Was er nicht befürwortet – außer in besonders drastischen Fällen – sind Haftstrafen für Steuerhinterzieher. „Dass sie die vielleicht zusammen mit Gewaltverbrechern verbüßen müssen, gibt für mich keinen Sinn.“

## Ein Verfahren, das Geschichte machen könnte

NPD-Klage gegen  
Bundespräsident Gauck

Von Diana Niedernhöfer, dpa

**KARLSRUHE** Bundespräsident Joachim Gauck eckte mit deutlichen Worten schon einige Male in Politik und Gesellschaft an. Am Dienstag muss das Bundesverfassungsgericht darüber verhandeln, ob das Staatsoberhaupt in einer Rede vor Schülern zu weit gegangen ist. Geklagt hat die rechtsextreme NPD, die durch Äußerungen Gaucks kurz vor der Bundestagswahl im September ihre Grundrechte verletzt sieht. Das Verfahren könnte Rechtsgeschichte schreiben. Denn noch nie ist ein Bundespräsident wegen seiner Wortwahl vor dem Verfassungsgericht verklagt worden.

Gauck hatte Ende August auf wochenlange, von der NPD unterstützte ausländerfeindliche Proteste gegen ein Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf reagiert und die Gegendemonstranten unterstützt. Vor rund 400 Schülern einer Berliner Schule sagte Gauck: „Wir brauchen Bürger, die auf die Straße gehen und den Spinnern ihre Grenzen aufweisen. Dazu sind Sie alle aufgefordert.“ Solange die NPD nicht verboten sei, müsse man deren Ansichten allerdings ertragen.

**Vorwurf** Gaucks „Waffe“ sind die Worte. So manches Mal musste sich der ehemalige DDR-Bürgerrechtler schon den Vorwurf gefallen lassen, parteipolitisch nicht so neutral wie erforderlich zu sein. Mit seinen Reden, Gesprächen und Interviews kann der erste Mann im Staat auf die Gesellschaft einwirken. Wie weit er dabei gehen kann, regelt das Grundgesetz nur rudimentär.

„Vieles kommt auf das Amtsverständnis des Amtsinhabers an“, sagt



Vor Schülern Klartext über die NPD geredet: Joachim Gauck. Foto: dpa

der Leipziger Staatsrechtler Christoph Degenhardt. „Gauck hat meines Erachtens nicht die Grenzen der parteipolitischen Neutralität überschritten. Er hat vielmehr bürgerschaftliches Engagement für die Werte unserer Demokratie angemahnt und dabei eine zielgruppen-gerechte Sprache gewählt.“

Die NPD ist anderer Meinung. Sie sah angesichts der derzeitigen Regierungschefs Europas aus den Startlöchern: Wachstum muss her und Bürokratie weggezaubert werden; den politischen Apparat gilt es zu verschlanken, die Steuern für Unternehmen und Bürger zu senken. Es ist ein Pflichtenheft wie für einen Herkules. Will Renzi es auch nur teilweise bewältigen, muss er Privatisierungen sowie Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben auf den Weg bringen. Wieweit wird Alfano mitmachen, und wie verhält sich aus der Opposition heraus Berlusconi, doch immer noch ein nicht zu unterschätzender Faktor? Sollte Renzi scheitern, blieben wohl nur Neuwahlen als Weg aus dem Dilemma.

**Heikel** Nun steht morgen die mündliche Verhandlung an, zu der Gauck selber nicht kommen wird. Das Verfahren ist heikel – denn beim selben Senat des Verfassungsgerichts liegt auch das NPD-Verbotsverfahren.

Der Termin wurde zügig anberaumt für ein Gericht, bei dem die Bearbeitung allein aufgrund der Arbeitsbelastung womöglich länger dauern kann. „Vermutlich treibt das Gericht das Verfahren voran, um vor dem Hintergrund des NPD-Verbotsverfahrens nicht den Anschein zu erwecken, die NPD werde unfair behandelt“, sagt der Berliner Staatsrechtsprofessor Ulrich Battis.

Am Ende wird eine Entscheidung stehen. Sollte diese sich grundsätzlich mit den Rechten und Pflichten eines Bundespräsidenten auseinandersetzen, könnte sie Einfluss auf die künftige Amtsführung Gaucks und die seiner Nachfolger haben.

# Gibt Wirbelwind Renzi dem EU-Sorgenkind neuen Schwung?

Italienischer Ministerpräsident verkörpert einen Generationenwechsel – Wachstum und Sparen auf der Agenda

Von Hanns-Jochen  
Kaffsack, dpa

**ROM** Matteo Renzi ganz in seinem Element: Kaum hatte der Staatspräsident Giorgio Napolitano ihn feierlich vereidigt, da nahm Italiens frischgebackener Ministerpräsident die Schlüssel des römischen Regierungspalastes Chigi in Empfang. Durchaus in frostiger Atmosphäre, hatte er doch seinen Parteifreund Enrico Letta aus diesem Amt geekelt. Danach erste Kabinettsitzung, dann zurück nach Florenz, wo Renzi bisher Bürgermeister war, um an der Antrittsrede zu feilen. Und in den Pausen twittert der Hoffnungsträger der jungen Generation, die in dem Krisenland unter erdrückend hoher Arbeitslosigkeit leidet.

Mit einer superschmalen Ministerriege, darunter viele junge, aber auch wenig bekannte Gesichter, will der Wirbelwind Renzi das Land jetzt wieder auf die Füße stellen – und dabei möglichst auch bis zum Legislatur-Ende 2018 regieren. Für Italien ist es mehr als eine politische Stabübergabe, es ist vor allem auch ein Generationenwechsel. Renzi (39) wird auf der europäischen Bühne, also beim nächsten Gipfel in Brüssel, der jüngste auf dem Gruppenfoto sein. Zwei der Ministerinnen aus seiner Mitte-Links-Partei PD, Maria Elena Boschi und Marianna Madia,



Zum dritten Mal nacheinander ist der italienische Regierungschef nicht direkt aus einer Wahl hervorgegangen. Nach Mario Monti und Enrico Letta versucht nun der 39-jährige Matteo Renzi, das Land nach vorn zu bringen. Foto: dpa

sind gerade mal 33 Jahre alt. Selbst Silvio Berlusconi (77) findet dies prima und stellt fest: „Matteo Renzi ist genau halb so alt wie ich.“

**Stabilität** „Eine harte und schwierige Aufgabe. Aber wir sind Italien, wir werden es schaffen.“ Selbstbewusst wie immer twitterte der jüngste Regierungschef der italienischen Republik nach seinem Termin im Quirinale-Palast des Präsidenten. Politische Stabilität ist aber in Italien

selten, und die Probleme der drittgrößten Volkswirtschaft der Eurozone sind riesig. Der Wechsel von dem wenig erfolgreichen Letta zu dem politischen Sprinter muss ein richtiger Neustart sein. „Hoffen wir also das Beste“, kommentierte das der Staatschef zurückhaltend.

„Die wirkliche Neuheit in dieser Regierung Renzi ist Renzi selbst, der jüngste Regierungschef und einer der ehrgeizigsten“, so befand der rechtsliberale Mailänder „Cor-

riere della Sera“ nach einem Blick auf die Kabinettsliste. Um dann gleich mit dem Finger auch darauf zu zeigen, dass Renzi dem konservativen Angelino Alfano doch wieder drei Ministerposten hatte zugestehen müssen.

Und für die äußerst wichtige Aufgabe, sich um die Wirtschaft und die Finanzen des in anhaltender Rezession steckenden Krisenlandes zu kümmern, fand er keinen eigenen Mann. Dafür muss nun der OECD-

Experte Pier Carlo Padoan nach Rom umziehen.

Der Problemberg ist groß, jetzt ist der jüngste der derzeitigen Regierungschefs Europas aus den Startlöchern: Wachstum muss her und Bürokratie weggezaubert werden; den politischen Apparat gilt es zu verschlanken, die Steuern für Unternehmen und Bürger zu senken. Es ist ein Pflichtenheft wie für einen Herkules. Will Renzi es auch nur teilweise bewältigen, muss er Privatisierungen sowie Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben auf den Weg bringen. Wieweit wird Alfano mitmachen, und wie verhält sich aus der Opposition heraus Berlusconi, doch immer noch ein nicht zu unterschätzender Faktor? Sollte Renzi scheitern, blieben wohl nur Neuwahlen als Weg aus dem Dilemma.

**Wahl** Nach Mario Monti und Enrico Letta tritt die dritte Regierung hintereinander an, die nicht direkt aus einer Wahl hervorgegangen ist. „Wenn aber eine Regierung nicht gewählt ist, dann ist das keine Demokratie“, mäkelte Berlusconi, während der Chef der populistischen 5-Sterne-Bewegung M5S, Beppe Grillo, aus der Opposition heraus meint, es laufe in der Politik gerade ein zweiklassiger Film. „Die Erholung ist jetzt vorbei“, so scherzt Renzi noch. Denn er muss nun liefern.